



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesrat hat sich in seiner heutigen Sitzung mit einer ganzen Reihe von wichtigen Themen befasst. Unter anderem wurden die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses zum so genannten Hinweisgeberschutz-Gesetz („Whistleblower-Gesetz“) beraten. Dass wir heute ein ausgewogenes Gesetz beschließen konnten, zeigt eindrucksvoll, dass der Vermittlungsausschuss der richtige Ort ist, um Differenzen zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat auszuräumen.

Es standen aber auch viele weitere wichtige Themen auf der Tagesordnung. Am heutigen Internationalen Tag der Pflege wurde über einen Entwurf für ein Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz ebenso beraten wie über ein Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei der Versorgung mit Arzneimitteln. Darüber hinaus standen die viel diskutierten Vorhaben zur Wahlrechtsreform und der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Steigerung der Energieeffizienz, einschließlich der Pläne für Anforderungen an neu eingebaute Heizungen (Wärmepumpen), auf der Tagesordnung. Für Hessen habe ich heute unsere Initiative zur Einführung eines Demokratietages vorgestellt.

Ausführlicher berichten wir für Sie in unserem aktuellen Newsletter.

Ihre

Lucia Puttrich

Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und
Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 12. Mai 2023



© Bundesrat | Florian Gaertner

Entschließung des Bundesrates

Hessen schlägt „Gedenktag zur Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland“ vor

Die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten hat heute den hessischen Entschließungsantrag im Bundesrat vorgestellt. Ziel ist ein neuer nationaler Gedenktag, der an die „Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland“ erinnern soll. Vor fast genau 175 Jahren, am 18. Mai 1848, versammelten sich in der Frankfurter Paulskirche erstmals die Abgeordneten eines frei gewählten und gesamtdeutschen Parlamentes mit dem Ziel, auf demokratischem und gewaltlosem Wege eine freiheitliche Verfassung zu erarbeiten und einen liberalen Nationalstaat zu errichten. In dem Antrag heißt es zudem, dass die Bundesregierung gebeten wird, im Einvernehmen mit den Ländern eine unabhängige Historikerkommission einzusetzen, die ein geeignetes Datum vorschlägt.

Der Antrag wurde heute in die zuständigen Ausschüsse des Bundesrates verwiesen.

>>> [zum Video](#)



© Bundesrat | Florian Gaertner

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln (Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz – ALBVVG)

Zu dem Gesetzentwurf, der im Kern vor allem künftigen Lieferengpässen bei Arzneimitteln entgegenwirken soll, hat sich der Bundesrat heute umfassend geäußert. Die in dem Entwurf vorgesehenen Maßnahmen seien zwar richtig und begrüßenswert; sie reichten aber längst nicht aus, um die Versorgung mit Arzneimitteln verlässlich zu sichern. Die Länder sehen noch umfangreichen Nachbesserungsbedarf. Insgesamt fehlen ihnen im Entwurf weitere wichtige Ansätze zur nachhaltigen Sicherstellung einer verlässlichen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln. Beispielsweise sei es „nicht sachgerecht“, dass die „Diversifizierung von Lieferketten“ durch Berücksichtigung europäischer Produktionsstandorte bei der Vergabe von Rabattverträgen laut Entwurf auf Antibiotika beschränkt bleiben soll. Nach Meinung der Länder würden Lieferengpässe dadurch nicht hinreichend reduziert. Vielmehr sollte die Vorgabe für alle (patentfreien) Präparate gelten, die vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) gelistete versorgungsrelevante und -kritische Wirkstoffe enthalten – insbesondere Medikamente zur Behandlung onkologischer Erkrankungen

und biotechnologisch hergestellte Arzneimittel. Weiterhin drängen die Länder darauf, unter Einbeziehung der Branche eine „langfristige Strategie“ zu erarbeiten und den „Pharmadialog“ auf Bundesebene wiederzubeleben, um in der Runde über eine sachgerechte Fortentwicklung des Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes zu diskutieren.

Der Hessische Ministerpräsident Boris Rhein ergriff dazu im Plenum das Wort. Er betonte, dass die Bundesregierung bei den dringend erforderlichen weiteren Schritten für mehr Versorgungssicherheit unbedingt die Expertise der Länder einbeziehen und den Pharmadialog auf Bundesebene fortführen muss.

>>> [zum Video](#)



© Bundesrat | Florian Gaertner

Vorlage aus dem Vermittlungsausschuss

Gesetz für einen besseren Schutz Hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden

Der Bundesrat hat heute dem Hinweisgeberschutzgesetz, das im Vermittlungsausschuss nachverhandelt worden war, zugestimmt. Infolgedessen ist das parlamentarische Verfahren abgeschlossen. Das Gesetz kann nun dem Bundespräsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden.

Das Gesetz dient der Umsetzung der EU-Whistleblower-Richtlinie. Es zielt darauf ab, den Hinweisgeberschutz in Deutschland zu verbessern. Hierzu werden Unternehmen und öffentliche Hand insbesondere verpflichtet, Meldestellen einzurichten, an die sich Hinweisgeber wenden können. Halten sie Meldewege und vorgesehene Verfahren ein, werden Hinweisgeber vor negativen Konsequenzen (z.B. Kündigung) geschützt.

Im Vermittlungsverfahren konnte das Gesetz erheblich verbessert werden. Insbesondere wurde erreicht, dass einerseits effektiver Hinweisgeberschutz gewährleistet, andererseits aber auch die Belastungen der Unternehmen hinreichend berücksichtigt werden. Es besteht nun keine Verpflichtung mehr, einen kostenintensiven anonymen Meldekanal einzurichten und zu betreiben. Außerdem sollen sich Hinweisgeber vorrangig an die interne Meldestelle wenden, da Rechtsverstöße vorzugsweise und am effektivsten vor Ort abgestellt werden können. Schließlich wurde das Bußgeld auf einen Betrag in Höhe von maximal 50.000 Euro begrenzt. Die Bußgeldvorschriften treten zudem erst sechs Monate nach den übrigen Regelungen des Hinweisgeberschutzgesetzes in Kraft, so dass Unternehmen ausreichend Zeit haben, die internen Meldestrukturen aufzubauen.

Staatsministerin Lucia Puttrich stellte das Verhandlungsergebnis zu Beginn der Plenarsitzung vor. Der Hessische Justizminister, Prof. Dr. Roman Poseck, sprach ebenfalls zu diesem Tagesordnungspunkt.

>>> [zum Video](#)



© Bundesrat | Florian Gaertner



© Bundesrat | Florian Gaertner

Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages

Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes und des Fünfundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes

Der Bundesrat ließ heute die vom Deutschen Bundestag beschlossene Wahlrechtsreform passieren. Die von den Ampelfraktionen im Deutschen Bundestag beschlossene Wahlrechtsreform soll die Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages dauerhaft auf 630 absenken.

Auf die bisherige Zuteilung sogenannter Überhang- und Ausgleichsmandate soll verzichtet werden. Nicht mehr alle direkt gewählten Kandidaten, also diejenigen, die in ihrem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhalten haben, werden in das Parlament einziehen können. Direkt gewählte Wahlkreisbewerberinnen und -Bewerber erhalten nur dann ein Mandat, wenn dies durch das Zweitstimmenergebnis gedeckt ist. Gibt es in einem Bundesland eine Partei mit mehr Wahlkreissiegern als ihrem Zweitstimmenergebnis entspricht, sollen entsprechend weniger bei der Mandatzuteilung berücksichtigt werden.

>>> [mehr unter Bundesrat.de](#)



© Bundesrat | Florian Gaertner

Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages

Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts

Der Bundesrat hat heute mehrheitlich dem Gesetz zugestimmt, damit mehr Menschen mit Behinderungen in reguläre Arbeit gebracht werden können und der inklusive Arbeitsmarkt stärker gefördert wird. In der Begründung zu dem Gesetz, das zunächst den Deutschen Bundestag passierte, heißt es, dass rund ein Viertel von ca. 45.000 beschäftigungspflichtigen Arbeitgebern keine schwerbehinderten Menschen beschäftigen. Zukünftig sollen diese Unternehmen eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen. Demnach wird zu den bestehenden drei Stufen der Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber, die trotz Beschäftigungspflicht nicht ausreichend schwerbehinderte Menschen beschäftigen, eine vierte Stufe i. H. v. 720 Euro monatlich je unbesetztem Pflichtarbeitsplatz eingeführt: Diese gilt für Arbeitgeber ab 60 Beschäftigten mit einer Beschäftigungsquote von 0 Prozent. Zudem ist geplant, dass sich die Mittel dieser

Abgabe künftig auf die Förderung der Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt konzentrieren sollen. In einer Erklärung zu Protokoll sicherte die Bundesregierung jedoch zu, dass Leistungen aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe zur Förderung von Einrichtungen ebenso weiterhin erbracht werden dürfen, sofern diese vor dem 1. Januar 2024 beantragt, aber nicht notwendigerweise bereits bewilligt worden sind.

>>> [mehr unter Bundesrat.de](#)

P R E S S E

Pressemitteilung: Hessen setzt sich für einen nationalen Demokratie Gedenktag ein 12. Mai 2023 Lucia Puttrich: „Starkes Signal, wofür wir stehen“

Wiesbaden: Die Landesregierung spricht sich für die Einführung eines nationalen Demokratie-Gedenktages aus. Im Bundesrat hat Staatsministerin Lucia Puttrich heute die hessische Bundesratsinitiative dazu vorgestellt. Anlass für die Initiative ist der bevorstehende 175. Jahrestag des Zusammentritts der ersten deutschen Nationalversammlung am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche. In ihrer Rede betonte Lucia Puttrich die Bedeutung des Jahres 1848 für die deutsche und europäische Demokratiebewegung: „Das Jahr 1848 war nicht nur die Geburtsstunde der deutschen Demokratiegeschichte, es war auch eine entscheidende Weiche auf dem Weg zu einem modernen und demokratischen Europa.“

>>> [Weiterlesen](#)



© Hessische Staatskanzlei

Pressemitteilung: Europatag 2023 9. Mai 2023 Lucia Puttrich: „Potentiale der europäischen Idee sind längst noch nicht gehoben.“

Wiesbaden: Seit 1995 findet bundesweit jährlich in der ersten Maihälfte die Europawoche statt. In unterschiedlichen Formaten wird in dieser Zeit von ganz unterschiedlichen Akteuren für die europäische Idee geworben. Mit den Europawochen, die in diesem Jahr erstmals den gesamten Monat Mai umfassen, wird insbesondere an den Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 erinnert, der als Europatag in der ganzen EU gefeiert wird. Am Rande einer Podiumsdiskussion mit Schülerinnen und Schülern der Karl-Rehbein-Schule in Hanau erinnerte die Europaministerin gestern deshalb auch an die Anfänge Europas.

>>> [Weiterlesen](#)



© Hessische Staatskanzlei

Die Hessische Landesvertretung - ein Treffpunkt in Berlin

26. April 2023

Staatsministerin Lucia Puttrich empfängt Botschafter in der HLV Berlin



© Hessische Landesvertretung Berlin

In Berlin hat Staatsministerin Lucia Puttrich gleich zwei hohe Gäste begrüßen können. Die Botschafterin Sloweniens, Dr. Ana Polak Petrič und den Gesandten der Republik Nordmazedonien, Vasko Grkov.

Mit beiden hat sich die hessische Europaministerin über die Zukunft der Europäischen Union und eine engere bilaterale Zusammenarbeit ausgetauscht.

Gute Beispiele für eine gelungene Zusammenarbeit gibt es bereits. So hat die südhessische Gemeinde Groß-Zimmern eine Städtepartnerschaft mit Kriva Palanka in Nordmazedonien und Slowenien wird in diesem Jahr Gastland der Frankfurter Buchmesse sein.

20. April 2023

Schlenderweinprobe
Rund 500 Gäste besuchten Weinverkostung in der HLV Berlin



© Hessische Staatskanzlei | Henning Schacht

Seit 2001 wird jährlich in der Hessischen Landesvertretung in Berlin eine Schlenderweinprobe durchgeführt. Staatsministerin Lucia Puttrich war auch in diesem Jahr Gastgeberin und lobte die Veranstaltung: „Die Schlenderweinprobe in der Hessischen Landesvertretung in Berlin ist mittlerweile gute und bewährte Tradition und gehört zu den Top-Terminen in der Bundeshauptstadt. Sie ermöglicht Winzerinnen und Winzern aus Hessen ihre Weine in Berlin zu präsentieren und neue Kundinnen und Kunden zu gewinnen. Ich freue mich, dass wir auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Winzerinnen und Winzer aus dem Rheingau und der Bergstraße begrüßen konnten. Ein großes Dankeschön geht an die vielen ehrenamtlichen Weinhoheiten aus diesen Regionen, die unsere Schlenderweinprobe mit großem Sachverstand und bewundernswertem Engagement begleitet haben.“

Für einen königlichen Glanz sorgten die Weinköniginnen Stefanie Kippenhan (Hessische Bergstraße, im Bild links) und Katja Föhr (Rheingau), die von ihrer Weinprinzessin Caroline Ebert begleitet wurde.

>>> [zur Fotogalerie](#)

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 16. Juni 2023 erneut zusammentreten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 22. bis 26. Mai statt.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 2., 3., 4. v.l.), ©T. Koch (2.v.r.)

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin